GdP BEI MINISTER ROGER LEWENTZ

Baustellen: Beförderungen, Zulagen, Arbeitszeit

In einem Gespräch von GdP-Vertretern mit Minister Roger Lewentz, Staatssekretärin Heike Raab und Polizei-Abteilungsleiter Joachim Laux ging es um die Forderung nach einer Anhebung des Beförderungsbudgets ebenso wie um mehr Geld im System der Erschwerniszulagen und der Gratifikation für „Dienst zu ungünstigen Zeiten". Vor allem stand aber die demografische Struktur des Personalkörpers der Polizei und die GdP-Forderung nach alterns- und altersgerechter Arbeit im Mittelpunkt der Erörterung.

GdP beim Minister: ***Eine AG soll schnell Vorschläge für Verbesserungen erarbeiten***

Minister Lewentz berichtete von Bemühungen um Akzeptanz im parlamentarischen Raum für eine spürbare Anhebung des Beförderungsbudgets. Heinz-Werner Gabler bezifferte den Nachholbedarf bei Beförderungen und gab als Ziel aus, zu Regelbeförderungen bis Besoldungsgruppe A 11 zu kommen. Gabler: „Das ist eine Frage der Wertschätzung".

Das Gleiche gelte für eine spürbare Verbesserung der Zulagen, die im Wesentlichen seit 25 Jahren nicht angepasst worden seien. Auch bei diesem Thema zeigte sich der für die Polizei zuständige Minister gegenüber den GdP-Argumenten nicht verschlossen und wies darauf hin, dass das Zulagenwesen auch außerhalb der Polizei von Bedeutung sei.

Die Teilnehmer am Ministergespräch waren sich darin einig, dass die innere demografische Struktur der Polizei stetig wachsende Probleme aufwirft. Rund 3600 Polizistinnen und Polizisten sind aktuell 48 Jahre oder älter, erreichen also bis 2026 die Lebensarbeitszeitgrenze und befinden sich zu einem erheblichen Anteil im dritten oder vierten Jahrzehnt im Wechselschichtdienst. Die GdP-Vertreter konfrontierten Roger Lewentz mit der These, dass es für die künftige Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Polizei entscheidend sei, wie viele Kollegen aus dieser Alterskohorte eine gesundheitliche Einschränkung entwickeln, die in die Pensionierung oder zu eingeschränkter Dienstfähigkeit führe.

Diesen arbeitsmedizinischen Erkenntnissen widersprach keiner in der Runde:

a) Um Gesundheitsschäden zu begrenzen, muss Wechselschichtdienst regelmäßig sein und Erholungsphasen garantiert.

b) Diese Erholungsphasen gewinnen jenseits des 50. Lebensjahres an Bedeutung.

c) Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine wirkungsvolle „Stellschraube" zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Nachtarbeit ab 50 faktorisieren

Die GdP leitet daraus seit Jahren die Forderung ab, Nachtarbeitszeiten zeitlich zu faktorisieren und fand jetzt mit dem Innenminister einen interessierten Zuhörer. Konkret geht es darum, für Beamtinnen und Beamte ab dem 50. Lebensjahr Nachtarbeitszeiten mit dem Faktor 1,2 vom Jahresarbeitszeitkonto abzubuchen. Daraus soll eine deutliche Verringerung der zu erbringenden Ergänzungsdienste und eine garantierte Erholungsphase nach dem letzten Nachtdienst folgen.

Minister Lewentz warb aber dafür, das Thema umfassender als Demografieprojekt anzugehen und auch weitere Lösungsansätze zu prüfen. Es wurde schließlich vereinbart, innerhalb einiger Wochen die erforderlichen Erhebungen anzustellen, Vorschläge zu entwickeln und deren Wirkung – so weit wie möglich – abzuschätzen. Offenbar war es den GdP-Vormännern gelungen, die Eilbedürftigkeit zu treffender Maßnahmen klarzumachen. Bernd Becker: „Wenn wir Wirkung erzielen wollen, muss jetzt schnell etwas geschehen. Zulagen, DUZ, mehr Zusatzurlaub für den WSD und SD sowie die Faktorisierung von Nachtarbeit sind Sofortmaßnahmen, die keiner monatelangen Überlegungen bedürfen". Die GdP-Vertreter wiesen darauf hin, dass die Technologie-Beratungsstelle des DGB Rheinland-Pfalz (TBS) für die Organisation von Arbeitszeit im Schicht- oder Wechselschichtdienst eine hervorragende Expertise und Erfahrung aufzuweisen hat. Die GdP hat bereits eine Projektskizze vorgelegt. Es kann losgehen.

Red.

Meine Meinung

Ich begrüße den Vorstoß der GdP auch als junger Mensch ausdrücklich. Nicht nur wegen der schlüssigen arbeitsmedizinischen Argumente.

Wenn die „Alten" anständig behandelt werden, erzeugt das bei uns Jungen Perspektive und Vertrauen in die Zukunft. ***Sabrina Kunz***

ADD-PRÄSIDENTIN BEI DER GdP

Was können wir besser machen?

Die Bearbeitung von Dienstunfällen und Regressfällen durch die Schadensregulierungsstelle der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) am Standort Koblenz hat zu einer Vielzahl von Streitfällen zwischen dieser Behörde und GdP-Mitgliedern geführt. Grund genug für die ADD-Präsidentin Dagmar Barzen und GdP-Chef Ernst Scharbach, ein Treffen zu vereinbaren, bei dem Dissonanzen aufgearbeitet und nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht werden sollte.

Angenehme Gesprächsatmosphäre im GdP-Haus: ***Sabrina Kunz, Heinz-Werner Gabler, Markus Stöhr, Ernst Scharbach, ADD-Präsidentin Dagmar Barzen, Abteilungsleiter Wolfgang Konder, Doris Christ (Leiterin der Schadensregulierungsstelle), Wolfgang Brausch vom Gesamtpersonalrat der ADD (v. l. n. r.)*** ***Foto: BB***

Es war zuweilen ein schwieriges Unterfangen, auf die Erörterung strittiger Einzelfälle zu verzichten, um bei insgesamt guter Gesprächsatmosphäre nach Möglichkeiten besserer Betreuung der Kolleginnen und Kollegen, die von Dienstunfällen oder Schadensfällen betroffen sind, zu suchen.

Präsidentin Barzen betonte die Kundenorientierung ihrer Behörde; die Schadensregulierungsstelle wolle Dienstleister sein. Sie wies darauf hin, dass man bereits dabei sei, durch Hospitationen Verständnis für die Situation der Polizei zu entwickeln.

Markus Stöhr, der zahllose Kolleginnen und Kollegen in Verfahren gegen die ADD vertritt, forderte ein, Ermessensspielraum zugunsten der Landesbeschäftigten zu nutzen, insbesondere, wenn Polizisten „ihre Haut zu Markte getragen“ haben.

Einig war man sich darin, dass bei der individuellen Fallberatung und der Einbeziehung medizinischen Sachverstands Optimierungsmöglichkeiten bestehen.

Weitere Treffen sind vereinbart.

Red.

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rlp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

TAG DER BEGEGNUNG AN DER FHÖV

Tolle Resonanz für die GdP

232 Berufsanfänger vom 11. Bachelorstudiengang hatten am 15. Mai ausgiebig Gelegenheit, sich über die Wichtigkeit einer Mitgliedschaft in der GdP zu informieren.

Schulleiter Klaus-Jörg Weidmann begrüßte „seine“ neuen Studenten und ermunterte sie, doch regen Gebrauch von den Angeboten der Gewerkschaften und ihrer Kooperationspartner zu machen.

Für die GdP standen zahlreiche Mitglieder der JUNGEN GRUPPE Rede und Antwort, tatkräftig unterstützt von den Angestellten der GdP-Geschäftsstelle und vielen Helfern aus den Bezirksgruppen und von der Kreisgruppe LPS. Die vielfältigen Leistungen und Angebote der Gewerkschaft der Polizei und die Art der nachhaltigen Information der jungen Kolleginnen und Kollegen scheinen besonders zu imponieren.

Aktive der JUNGEN GRUPPE:
Immer ansprechbar

Im Ergebnis konnte die GdP – auch beim abendlichen Treffen an der Grillhütte – eine besonders stattliche Anzahl an Neumitgliedern begrüßen.

Herzlich willkommen!

GESUNDHEIT UND ARBEITSMEDIZIN

GdP: „Institut für Gesundheit in der Polizei“

Der Fachausschuss Gesundheit und Arbeitsschutz zog in seiner jüngsten Sitzung einen bedenklichen Befund für Gesundheit und Arbeitsschutz in der Polizei. Die Teilnehmer aus den verschiedenen Landesteilen berichten, dass die Akzeptanz für das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) gefährdet ist, wenn nicht gleichzeitig in die Verbesserung der Verhältnisse investiert wird. Das sei aber kein Grund, an BGM-Angeboten nicht teilzunehmen.

BGM ist nur ein „Pflaster“

BGM-Angebote werden von vielen hoch engagierten Kolleginnen und Kollegen entwickelt und angeboten. Viel Lob hat der Fachausschuss z. B. für aufsuchende Angebote zum Thema Entspannungstraining. Allerdings seien in den PP die Angebote in den Mutterhäusern vielfältiger und umfangreicher als in der Fläche. Schon fast tragisch ist aus Sicht des Fachausschusses, dass vielerorts die BGM-Angebote als Feigenblatt für immer schwieriger werdende Arbeitsverhältnisse wahrgenommen würden.

Norbert Walter von der BG Koblenz beklagt die Arbeitsverhältnisse in der Polizei – insbesondere den Personalmangel im Wechselschichtdienst – und wählt das Bild einer großen klaffenden Wunde. Das BGM sei im Verhältnis dazu ein kleines Pflaster, unzureichend die Blutung zu stoppen.

An BGM-Angeboten teilnehmen!

GdP-Vize Bernd Becker teilt diese Einschätzung, kommt am Ende aber trotzdem zu dem Appell an alle Kolleginnen und Kollegen:

„Nutzt die BGM-Angebote, um Euer Arbeitsleben ganz individuell zu entschleunigen“.

Es bestehe aber leider das Problem – so FAGA-Vorsitzender Uwe Kaßler – dass nicht jeder Vorgesetzte oder jeder SB-E ein positives Verständnis für die Themen Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement habe.

Das wär's ... ***Foto: BB***

Bestürzung über Arbeitsmedizin

Die Nachricht über die Vergabe der arbeitsmedizinischen Leistungen für die Polizei ohne Beteiligung der Personalräte und Schwerbehindertenvertretung löste im FAGA Fassungslosigkeit aus. Der FAGA verabschiedet spontan diese Erklärung:

„Der Betriebsärztliche Dienst ist integraler Bestandteil des Behördlichen Gesundheitsmanagements. So sieht es auch das Rahmenkonzept für die Landesverwaltung vom 1. 1. 2006 vor. Verhältnis- und Verhaltensprävention sind auf Erkenntnisse der Arbeitsmedizin angewiesen; BGM sieht ausdrücklich die ‚Partizipation', also die Beteiligung der Betroffenen vor. Wie man vor diesem Hintergrund zu dem Ergebnis kommen kann, die Vergabe betriebsärztlicher Leistungen sei mitbestimmungsfrei, ist uns absolut schleierhaft. Es fehlt offenbar jeder Zugang zu den massiven gesundheitsrelevanten Problemen der Polizei. Das Innenministerium gießt mit dieser Entscheidung Wasser auf die Mühlen derer, die BGM als Feigenblatt für desolate Arbeitsverhältnisse betrachten“.

„IGP“ gefordert

Der FAGA fordert die Einrichtung eines „Institutes für Gesundheit in der Polizei“ als Aufgabenträger des Betriebsärztlichen Dienstes, eng vernetzt mit dem Behördlichen Gesundheitsmanagement.

Der FAGA formuliert die Forderung nach einem solchen Institut auch als Antrag für den Delegiertentag im September.

Neue Handschuhe

„Aus meiner Sicht werden zwei wichtige Anliegen jetzt einer Lösung zugeführt“, erklärt Alfried Cuidon von der Bereitschaftspolizei und berichtet über die unmittelbar bevorstehende Auslieferung von Unterziehhandschuhen als Kälteschutz sowie neuer Einsatzhandschuhe mit Schnittschutz, aber ohne Protektoren. Aus Cuidons Sicht sind solche Beschaffungen wichtiger als die Forderung, für alle Bedarfsträger eine „Erste Garnitur“ vorzuhalten. Allerdings müsse sichergestellt sein, dass, wer eine repräsentative Uniform benötige, sie auch bekomme. Cuidon: „Dann muss das auch machbar sein“.

Der FAGA fordert zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen die Beschaffung und flächendeckende Verfügbarkeit von Spuckschutzvorrichtungen und Beatmungshilfen. Andreas Zinßmeister von der BG Westpfalz: „Bei einer gewissenhaften Gefährdungsbeurteilung kann nichts anderes herauskommen als die sofortige Beschaffung dieser Schutzmittel“.

GdP-Bundeskongress

Auch über den Stellenwert von Gesundheit und Arbeitsschutz auf Bundesebene der GdP hat sich der Fachausschuss Gedanken gemacht und Anträge für den Bundeskongress im November formuliert:

Im Bundesvorstand soll eine Beisitzerfunktion für Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen vorgesehen werden und die Arbeitsschutzkommission des Bundes soll um das Thema „Schwerbehindertenangelegenheiten“ aufgebohrt werden.

TELEARBEIT UND WECHSELSCHICHT

Erhöhte Zeit von zu Hause

Steffi Loth hat für die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI die Kollegin Kerstin Leischner (KL) von der PI Ingelheim an ihrem Heimarbeitsplatz besucht.

Die Kollegin Leischner am Telearbeitsplatz

Deutsche Polizei: Hallo Kerstin, wie kamst du auf die Idee mit der Telearbeit?

KL: Ich habe die Ausschreibung im April 2013 gesehen, eine Kollegin hatte mich darauf aufmerksam gemacht. Ich habe mir das genau überlegt und beschlossen, dass das etwas für mich wäre. Mein Mann und ich haben zwei kleine Kinder und keine Großeltern in der Nähe. Überstunden bei ihm, Stau auf der Autobahn, Krankheiten der Kinder, das erfordert eine gute Planung.

DP: Was machst du genau, wenn du von hier zu Hause arbeitest?

KL: Also, ich bin ganz normal bei der PI Ingelheim im Wechselschichtdienst in einer Dienstgruppe eingesetzt. Wenn ich zu Hause Dienst verrichte, nehme ich mir Vorgänge von der Arbeit mit, die ich fertigmache. Das sind aus meiner Dienstgruppe die Tankbetrügerei, Anzeigen im Vereinfachten Verfahren und für die gesamte Dienststelle die Fahrraddiebstähle. Ich kann von hier aus die Fahrraddatei pflegen, die Ausschreibungen machen, Vorladungen fertigen, Ermittlungsberichte schreiben, PKS machen usw.

DP: Wie teilst du dir das zeitlich ein?

KL: Bislang habe ich 20 Stunden in der Woche gearbeitet, nun habe ich auf 75% erhöht. Und diese erhöhte Zeit mache ich ganz überwiegend von zu Hause aus. Ich versuche auch hier flexibel zu sein, wenn die Dienststelle mich mehr braucht, dann bin ich mehr vor Ort; wenn ich mehr Vorgänge abarbeiten muss, schöpfe ich den Heimanteil voll aus.

DP: Wie sind die Arbeitsbedingungen?

KL: Ja, ich kann mich hier sehr gut konzentrieren. Das Büro liegt am Ende der Wohnung, da ist sonst auch nichts, was ablenkt. Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen sind ja nicht möglich, das Telefon stört auch nur ganz selten mal.

DP: Ist deine Arbeit umständlicher?

KL: Es geht, ich muss die Vorgänge direkt nach Hause bringen und hier einschließen. Da darf man dann keinen Umweg fahren. Hier darf natürlich auch nach getaner Arbeit nichts herumliegen. Außerdem darf ich nicht zu Arbeitszeiten tätig werden, in denen DuZ anfallen würde. Über all dies wurde ich belehrt.

DP: War es viel Aufwand, deinen Arbeitsplatz einzurichten?

KL: Nein, das ging auch recht schnell. Zwischen der Zusage und der Prüfung der Wohnung lagen nur wenige Wochen. In dem Raum gab es bereits ein Regal und einen Schreibtisch. Vom Präsidium wurde der dienstliche Rechner gestellt, einen Drucker und Tresor habe ich noch beantragen müssen. Für Telefonate benutzte ich mein Telefon, ich habe eine Flatrate eingerichtet.

DP: Was sagt deine PI-Leitung dazu?

KL: Ohne deren Unterstützung wäre das ja gar nicht gegangen. Bevor man den Zuschlag bekommt, muss man ja als geeignet bewertet werden und das hat bei mir geklappt. Ich denke, dass da auch das Vertrauen der Vorgesetzten vorhanden sein muss, sowohl beim DGL als auch bei der PI-Leitung. Ich denke, man kann uns im Schichtdienst nicht jederzeit kontrollieren, das geht zu Hause natürlich noch weniger. Ganz wichtig ist, dass die Arbeitsergebnisse stimmen. Auf jeden Fall bin ich dankbar, dass das jetzt so gut läuft.

Fakten

1500 bis 1800 Euro kostet es, im PP Mainz einen Telearbeitsplatz einzurichten. Darüber hinaus fallen wiederkehrende Kosten in Höhe von ca. 48 Euro monatlich an.

Derzeit sind sechs Telearbeitsplätze im Bereich der Abt. PE und zwei Telearbeitsplätze bei der Abt. PV in Betrieb.

KURZ & KNACKIG

Demografiezahl des Monats: 3600

3600 der knapp über 9000 aktiven rheinland-pfälzischen Polizisten und Polizistinnen sind aktuell 48 Jahre alt oder älter.

Diese Altersgruppe der Geburtsjahrgänge 1954 bis 1966 korreliert mit den besonders starken Einstellungsjahrgängen von Anfang der 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre. Mit relativ einfachen Mitteln der Mathematik war die Situation natürlich absehbar und führte bereits Anfang der 90er-Jahre zu einem langfristig gerechneten Plan für die Einstellungspolitik. Leider kam der Rückfall. 1996 obsiegten die Haushälter über die Vorausschauenden und es wurden in den vier Folgejahren etwa 100 Kolleginnen und Kollegen zu wenig eingestellt.

Damit ist die Ursache des heute akuten und sich weiter verschlimmernden Personalproblems beschrieben.

Hinzu ist die ebenfalls absehbare Erkenntnis getreten, dass das höhere Alter der Polizeidienst- insbesondere Wechselschichtdienst – leistenden Kollegen schnurstracks in das Phänomen der „eingeschränkten Dienstfähigkeit“ geführt hat.

Das sagt die GdP:

Sich wegzuducken und das Problem zu leugnen ist keine Alternative. Das Problem zu analysieren und den Verlauf der nächsten Jahre zu beeinflussen, ist immer noch möglich. Dazu sind – neben Einstellungserhöhungen – vor allem zwei Maßnahmen erforderlich:

– Arbeitszeitverkürzung, zum Beispiel durch zeitliche Faktorisierung der Nachtarbeit
– Auflösung der Gratifikationskrise durch drastische Zulagenanpassung und Abbau des Beförderungsstaus.

AUSFLUG DER SENIOREN KG KOBLENZ

Schöne Etappenfahrt ins Blaue

Koblenzer GdP-Senioren auf Reisen: *halblinks im gelben Blouson, Organisator Jürgen Peter.*

Der traditionelle Jahresausflug der Seniorinnen und Senioren der GdP-Kreisgruppe PP/PD Koblenz war diesmal als „Fahrt ins Blaue" angekündigt. Jürgen Peter, der als Vertreter des Seniorengruppenvorsitzenden Josef Baus unter Mitwirkung von Heinz und Rainer Blatt die Tagestour organisiert hatte, konnte bei Abfahrt des Reisebusses wieder einen „harten Kern" der erwartungsvollen Reiselustigen begrüßen.

Erwartungen erfüllt

Es sollte sich auch bei dieser Überraschungsreise bald zeigen, dass die Erwartungen erfüllt wurden. Der Ausflug stellte sich als eine sehr abwechslungsreiche Fahrt mit mehreren Etappenzielen heraus. Die Reiseroute führte in den nordwestlichen Landesteil und zunächst ins schöne Städtchen Ahrweiler. Die alte Baukultur mit vielfältig schönen Häuserfassaden, die drei erhaltenen Tortürme der Stadtmauer, die im Mittelalter die Zugänge zur Stadt schützten, beeindruckten beim Streifzug durch die malerische Altstadt mit ihren beiden gemütlichen Fußgängerzonen. Der Wohnturm mit barocker Haube beherbergt heute das Ahrgau-Museum. Der Besuch der schönen St.-Laurentius-Kirche, eine dreischiffige Hallenkirche mit zierreicher Innenbemalung und älteste links des Rheins, lohnte sich sehr.

Idyllisches Ahrtal

Durch das idyllische, überwiegend urwüchsige Ahrtal entlang seiner Weinberge, Wälder und teils schroffen Felsgebilde ging es dann weiter nach Mayschoß, dem bekannten Weinort in diesem profilierten Rotweinanbaugebiet. Einer interessanten und informativen Führung durch Weinkellereien der Winzergenossenschaft schlossen sich eine sehr amüsante Weinprobe und das Mittagessen an. Gestärkt führte die Reise aus dem wildromantischen Tal in die Vulkanlandschaft, wo das nächste Etappenziel, der Laacher See, bald erreicht war. Die Besichtigung der imposanten Benediktiner-Abteikirche „Maria Laach", eine romanische Basilika aus dem Ende des 11. Jahrhunderts mit reichen Steinmetzarbeiten und einem Atrium mit dem „Brunnen des Lebens" sowie der Besuch des klösterlichen Gärtnereianwesens, des Kunstladens und eine Kaffeepause füllten den angenehmen Nachmittagsaufenthalt dort aus.

Vulkan-Brauhaus

Das letzte Tagesziel war schließlich ein Brauhaus inmitten der alten Vulkanlandschaft. Mit dem Genuss von Bierspezialitäten und regionaler Küche klang der abwechslungsreiche Ausflugstag in geselliger und harmonischer Runde aus.

Grillfest am 2. Juli angekündigt

Bei der Rückkehr und Verabschiedung in Koblenz wurde in der „Polizeifamilie" wieder deutlich: Man freut sich auf ein Wiedersehen bei der nächsten Gemeinschaftsveranstaltung, dem Grillfest am 2. Juli.

Dieter Schottes

40 JAHRE SEK

24 Jahre in der BePo

Das Spezialeinsatz- und Personenschutzkommando Rheinland-Pfalz beging am 21. Mai 2014 sein 40-jähriges Bestehen im Rahmen eines Festaktes, zu dem Staatsminister Roger Lewentz eingeladen hatte. Organisatorisch ist das SEK seit 24 Jahren der Bereitschaftspolizei RP angegliedert.

Der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende BePo, Achim Recktenwald, überreichte im Anschluss an die gelungene Veranstaltung dem Leiter SEK, Ralf Krämer, stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen des SEK, ein Präsent. „Diese „kleine Aufmerksamkeit" wird mit Sicherheit bei unserem SEK sinnvoll zum Einsatz kommen", so der BG-Vorsitzende.

KURZ BERICHTET AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

Freizeitausgleichskonto in „vierter Lesung“ zugestimmt

Freizeitausgleichskonto

Der HPRP hat der Neuregelung zum Umgang mit Mehrarbeit zugestimmt. Zu den Inhalten hat Heinz-Werner Gabler Fragen an Barbara Otto gestellt. Frau Otto war aufseiten der Polizeiabteilung Gesprächpartnerin des HPRP. Siehe Interview.

„zNuE“

Die beiden Pilotprojekte zur Zentralisierung der Notrufannahme und des Einsatzmanagements beim PP Mainz und dem PP Trier (Idar-Oberstein) sollen in einem landesweiten Projekt gemeinsam begleitet und gesteuert werden. Neben einer Lenkungsgruppe unter Leitung des Inspekteurs soll eine Arbeitsgruppe

die Erkenntnisse zusammentragen und künftige Regelungen ableiten. Die Geschäftsführung auf Landesebene soll aus personalwirtschaftlichen Gründen personengleich mit dem Pilotprojekt in Mainz dargestellt werden, ergänzt aus den Präsidien, bei denen kein Pilotprojekt stattfinden wird. Der HPRP hat dem Konzept für das landesweite Projekt zur Erprobung verschiedener Zentralisierungsgrade zugestimmt.

In der Erörterung mit dem ISIM hat der HPRP darauf hingewiesen

Mobile Device Management

Hinter diesem Anglizismus verbirgt sich die Einführung von Smartphones in ausgesuchten Bereichen der Polizei.

In einem Pilotprojekt waren Kolleginnen und Kollegen in Führungsfunktion ausgestattet; es ging insbesondere um die mobile Möglichkeit des dienstlichen Outlook-Mandanten und die Nutzung einiger weniger Apps. Neben grundsätzlicher Akzeptanz gibt es beim HPRP auch Fragen bzgl. nutzbarer Anwendungen, Konkurrenz zu Digitalfunk, Nutzerkreis, Zeithorizont. Letztlich fehlt dem HPRP auch die Eindordnung des Themas unter dem Dach der „AG DIGIPOL“.

Zusammenführung von Dienst- und Fachaufsicht bei der „ZBS“

Einer entsprechenden Vorlage hat der HPRP noch nicht zugestimmt. Einzelne Festlegungen sollen noch hinterfragt und mit dem Ziel eindeutiger Regelungen erörtert werden.

Betriebsärztlicher Dienst

Zur Sitzung gab es noch keine Vorlage über die eingeforderte Mitbestimmung über die bereits erfolgte Vergabe der arbeitsmedizinischen Leistungen.

Ernst Scharbach betont, dass es nicht um die Formalien geht, sondern darum, die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen ernst zu nehmen; Arbeitsmedizin als integralen Bestandteil des Behördlichen Gesundheitsmanagements zu betreiben.

Mitarbeiterbefragung „BGM“

Der HPRP hat dem Ansinnen der BGM-Beauftragten zugestimmt, mittels eines Fragebogens das Angebot an Maßnahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements (BGM) zu hinterfragen und weitere Bedarfe der „Belegschaft“ zu ermitteln, zugestimmt. Bei aller Belastung durch die Arbeitsverhältnisse, appelliert der HPRP an alle Kolleginnen und Kollegen, die Angebote der sehr engagierten BGM-Beauftragten anzunehmen. Bernd Becker: „Das sind Möglichkeiten, die eigenen Arbeitsabläufe zu entschleunigen“.

Margarethe Relet, Ernst Scharbach

INTERVIEW ZUM „FREIZEITAUSGLEICHSKONTO“

„Stunden gehen nicht verloren“

Regierungsdirektorin Barbara Otto ist Referentin in der Polizeiabteilung des ISIM und hat mit dem HPRP die Gespräche zur Einführung des „Freizeitausgleichskontos“ geführt. Heinz-Werner Gabler hat sie für die DP nach ihrer Einschätzung befragt:

DP: Frau Otto, „Freizeitausgleichskonto“ – Verbesserung für die Betroffenen, oder eher eine Schlechterstellung?

Das Freizeitausgleichskonto ist auf jeden Fall eine gute Sache. Denn die Mehrarbeitsstunden, die auf das Freizeitausgleichskonto gebucht werden, gehen den Beamtinnen und Beamten nicht verloren.

DP: Viele fragen sich, wann denn der Freizeitausgleich in Anspruch genommen werden soll, wenn auf dem neuen Konto dauernd neue Stunden anfallen. Haben Sie einen Tipp?

Die Stunden auf dem Freizeitausgleichskonto können langsam abgebaut werden, und zwar unbefristet, gegebenenfalls auch erst vor dem Ruhestand. Und auf den neuen Konten sollen sich keine neuen Guthaben ansammeln, zumindest nicht dauerhaft – das ist unser Ziel und vom Beamtenrecht auch so vorgesehen.

DP: Genau da liegt ja der Hase im Pfeffer. Wenn das Einsatzgeschehen und die Mindeststärke den Abbau nicht zulassen …

Wir werden nicht nur den künftigen Aufbau im Blick haben und kritisch hinterfragen, sondern auch den Abbau, soweit er sich verzögert oder nicht erfolgt. In den letzten Jahren lag die Zahl der aufgebauten Mehrarbeitsstunden im Übrigen nur geringfügig über der Zahl der abgebauten Stunden.

DP: Viele Kolleginnen und Kollegen haben die Befürchtung, dass ihnen nach drei Jahren auf dem Mehrarbeitszeitkonto Stunden gestrichen werden. Begründete Ängste?

Es wird in erster Linie Aufgabe der Vorgesetzten sein, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den zeitnahen Abbau von Mehrarbeit zu ermöglichen.

DP: Wie wird zum Stichtag die Umstellung erfolgen und wie wird in der Folge weiter verfahren?

Für jede Beamtin/jeden Beamten werden ein Freizeitausgleichskonto und ein neues Mehrarbeitskonto eingerichtet. Vor der Umstellung gibt es ausreichend Information zu beiden Konten. Ein Jahr nach Umstellung wird eine erste Evaluation stattfinden.

Anzeige

Sizilien

GdP-Seniorenreise vom 14. Oktober – 21. Oktober 2014

eine Rundreise auf der größten Mittelmeerinsel

Preis: € 1185,--
EZ-Zuschlag: € 190,--

Hotel: Capo dei Greci Hotel Resort & Spa
Sant´Alessio Siculo

7 Nächte Halbpension

Programm:

Wir starten jeden Tag von unserem Hotel aus mit einem modernen Reisebus, so dass Sie nicht umziehen müssen. Wir haben immer einen deutschsprachigen Reiseleiter/In vor Ort, der unsere Ausflüge begleitet.

Leistungen:

- Flüge mit AIR Berlin von und bis Frankfurt oder Stuttgart nach Catania
- Alle Transfers im Zielgebiet
- 7 Nächte Halbpension mit erweitertem Frühstück
- Begrüßungscocktail / Abschiedsessen
- Weinprobe mit kleinem Imbiss am Fuße des Ätna
- 5 ganztägige Ausflüge im modernen Reisebus mit örtlicher deutschsprachiger Führung
- 1 halbtägiger Ausflug im modernen Reisebus mit örtlicher deutschsprachiger Führung
- Kleine Bootsfahrt in Ortiga
- Reisebegleitung von PSW-Reisen GbR von und bis Deutschland

Reiseverlauf:

Alle Ausflüge und Besichtigungen werden von einem örtlichen deutschsprechenden Reiseleiter/In begleitet!!

14.10.14: Abflug aus Frankfurt und Stuttgart nach Catania, Transfer vom Flughafen Catania bis zum Hotel und Halbtagsbesichtigung von Catania.
15.10.14: Ausflug zum Ätna und Besichtigung von Taormina. Eispause in Taormina.
16.10.14: Ausflug nach Agrigento und Führung durch die antiken Stätten.
17.10.14: Ausflug zum Festland „Reggio Calabria", Fährpassage Messina – Villa San Giovanni
18.10.14: Tag zur freien Verfügung. Genießen Sie einen Tag im Hotel am Swimmingpool oder am Meer.
19.10.14: Ausflug nach Syrakus, Halbtagesführung, anschließend kleine Bootsfahrt in Ortiga. Weinprobe mit kleinem Imbiss am Fuße des Ätna
20.10.14: Unbekanntes Sizilien, Ausflug nach Forza d´Agro und Savoca.
21.10.14: Nach dem Frühstück Transfer zum Flughafen und Heimreise.

Mindesteilnehmerzahl 20 Personen.

Bitte rufen Sie uns an! Bei Interesse senden wir Ihnen die genaue Beschreibung der Ausflüge, den Ablauf der Reise und die Hotelbeschreibung zu.

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 96009 23

www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp.de

POLIZEIAUTOBAHNSTATION KOBLENZER KREUZ

Fertigstellung 2017

Unter Beteiligung von viel Polit- und Polizeiprominenz hat Innenminister Roger Lewentz das Baustellenschild der künftigen Polizeiautobahnstation am Autobahnkreuz Koblenz enthüllt.

Alle Redner am Bauschild zum Gruppenfoto: ***Mit dabei die Landtagsabgeordneten Marc Ruland (SPD) und Matthias Lammert (CDU)***

Damit wird die Bedingung für die umstrittene Schließung der Dienststellen in Kaisersesch, Mendig und Emmelshausen erfüllt.

Allerdings stellte Baudirektor Hill vom LBB klar, dass erst im zweiten Halbjahr 2017 mit der Fertigstellung der Dienststelle zu rechnen ist.

OB Hofmann-Göttig freute sich in einer launigen Ansprache über das Plus an Sicherheit im Gewerbegebiet zwischen Metternich und dem AK Koblenz.

PP Wolfgang Fromm bedankte sich bei allen, die bisher an den Planungen beteiligt waren.

Gesamtpersonalratsvorsitzender Gerhard Jung mahnte die erforderlichen Standards in der Umsetzung an und forderte erneut den Einbau einer stationären Waage.

TRAUER

Wilfried Gruber ist gestorben

Die Gewerkschaft der Polizei, ganz besonders die Kreisgruppe Mainz, trauert um den im Alter von 83 Jahren nach kurzer Krankheit verstorbenen Kollegen Wilfried Gruber.

Wilfried – unser Foto zeigt ihn mit dem KG-Vorsitzenden – hat sich über viele Jahre als aktiver Gewerkschafter und Personalrat für seine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und hat sich auch als Senior in seiner GdP engagiert. Wir verneigen uns in Dankbarkeit und wünschen der Familie viel Kraft.

SENIORENTREFF WESTPFALZ

Der nächste GdP-Treff

… ist am 23. Juli 2014 ab 15.00 Uhr in der Gaststätte Licht-Luft in Kaiserslautern, Entersweiler Str. 51, Bus-Linie 101 hält vor dem Haus.

Gerhard Brenner, 06 31/4 43 74, Mail: brg67657@t-online.de

WIR TRAUERN UM

Wilfried Gruber, 83 Jahre
KG Mainz

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Kurt Stengel und Willi Rapp,
KG Südpfalz

Alban Lauer und Bernd Römer,
KG Vorderpfalz

Heinrich Scholten,
KG PD Wittlich

Karl Weis, KG BePo Mainz

Uwe Schneider,
KG PP/PD Mainz

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Harald Wolters,
KG PP/PD Mainz

Wigand Grote,
KG Südpfalz

Erich Honecker,
KG PD Kaiserslautern

Renate Streit,
KG PD Wittlich

75 Jahre

Horst Kirsch,
KG PD Wittlich

Edgar Erb,
KG PD Worms

Wolfgang Rolle,
KG Vorderpfalz

Dieter Bröder,
KG PP/PD Koblenz

Lothar Marschlich,
KG PP/PD Mainz

80 Jahre

Fred Beuscher,
KG BePo Mainz

90 Jahre

Kurt Weinand,
KG PP/PD Koblenz